

Ausschuss schlägt die Alttrasse vor

Verkehr Südumgehung ist vom Tisch – Keine Entscheidung politischer Natur – Deutlich höhere Kosten werden erwartet

Von unserem Mitarbeiter
Dieter Fluck

■ **Limburg.** Der Lenkungsausschuss, der die Vorplanungen für die B-54-Südumgehung Limburg/Diez mit Ortsumgehung Holzheim bearbeitet, schlägt dem Bundesverkehrsministerium in Berlin die Alttrasse vor. Damit wäre die Südumgehung hinter der Wohnbebauung im Blumenröder Feld vom Tisch.

Gestern Abend hat Bürgermeister Martin Richard die Fraktionen von CDU, SPD und FWG über diesen Vorschlag informiert. Die drei Fraktionen hatten sich in der Vergangenheit für eine Südumgehung ausgesprochen. Richard erklärte, dass es sich nicht um eine politische Entscheidung handele, son-

dern ausschließlich um eine fachliche Bewertung nach Vorlage zahlreicher Gutachten und Untersuchungen.

Damit hat der Lenkungsausschuss nach fast siebenjähriger Zusammenarbeit seine Aufgabe beendet. Der Ausschuss hat vereinbart, die Träger öffentlicher Belange wieder zu beteiligen, bevor die Unterlagen dem Bundesministerium zur weiteren Prüfung vorgelegt werden. Der Bund als Straßenbaulastträger muss dann entscheiden, ob er trotz der höheren Kosten die Südumgehung weiterverfolgt. Vor einer Grundsatzentscheidung in Berlin macht es nach Aussagen des Bürgermeisters relativ wenig Sinn, politische Diskussionen und Auseinandersetzungen zu führen.

Richard: „Nach dem vorgeschlagenen Planfall 2.1 soll die Alttrasse, von Holzheim aus kommend, durch eine westliche Umfahrung des zweiten Bauabschnitts Blumenrod angebunden werden, um zusätzlichen Verkehr in der oberen Holzheimer Straße zu vermeiden.“ Die vergleichende Bewertung sei in den Bereichen Umwelt, Städtebau, dem „Schutzgut“ Mensch, Verkehr und Kosten erfolgt. Der eigentliche Streckenverlauf solle in einem Tunnel zwischen Großbachtal und Wiesbadener Straße erfolgen. Eine Anbindung an alle Holzheimer Varianten sei möglich, sodass dort, unabhängig von Limburg, eine Entscheidung getroffen werden könne.

Richard verwies auf die Tiefe der Untersuchungen, die norma-

lerweise in diesem Vorplanungsstadium nicht durchgeführt würden. Dadurch hätten sich besonders bei der Hydrogeologie und der Kostenfrage wichtige Erkenntnisse ergeben, die für die Entscheidungsfindung äußerst wichtig seien. Bei der ortsfernen Variante (Planfall 1a) müsse ein Betontrog geplant werden. Dieser würde zu Gesamtkosten von etwa 102 Millionen Euro und damit zu erheblichen Mehrkosten gegenüber der Tunnellösung des Planfalls 2.1 mit etwa 67,5 Millionen Euro führen.

„Auch ich hatte mich politisch und aufgrund der ursprünglichen fachlichen Bewertungen für eine ortsferne Umgehung ausgesprochen. Dennoch muss die jetzige Einschätzung anerkannt werden“, sagte Richard. In der Bauleitplanung der ver-

gangenen Jahre habe Limburg bewusst die Flächen für beide Trassen offengehalten. Die Erkenntnisse über die Feinstaubbelastungen in der Innenstadt, besonders von Diezer Straße und Schiede, zeigten, wie wichtig die mittelfristige Realisierung einer Südumgehung sei. Das Land habe diese auch in den Entwurf des Luftreinhalteplanes für Limburg als wichtigste Maßnahme aufgenommen, um in der Innenstadt Entlastungen zu erreichen. Daher müsse die Kommunalpolitik Mittel und Wege finden, um eine Entscheidung für eine Südumgehungstrasse herbeizuführen. Voraussetzung dafür sei allerdings zunächst die Grundsatzentscheidung des Bundes als Straßenbaulastträger. Alle Gutachten sind in Kürze auf der städtischen Homepage einsehbar.